

Wie wird der Kapitalismus enden?

Von Wolfgang Streeck

Gegenwärtig ist das Gefühl weit verbreitet, dass der Kapitalismus sich in einem kritischen Zustand befindet, kritischer als irgendwann sonst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.¹ Im Rückblick erweist sich, dass der Crash des Jahres 2008 lediglich die jüngste einer langen Abfolge politischer und wirtschaftlicher Funktionsstörungen war, die mit dem Ende der Nachkriegsprosperität Mitte der 1970er Jahre einsetzten. Von Krise zu Krise nahm deren Schwere zu, Tempo und Ausmaß ihrer Ausbreitung wuchsen in einer immer stärker verflochtenen Weltwirtschaft rapide an. Der weltweiten Inflation der 70er Jahre folgte eine wachsende Staatsverschuldung, und die in den 90er Jahren betriebene Haushaltskonsolidierung ging mit einem scharfen Anstieg der Verschuldung im Privatsektor einher.²

Seit nunmehr vier Jahrzehnten sind in der „fortgeschrittenen“ industriellen Welt sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene Ungleichgewichte der Normalzustand. Tatsächlich haben die Krisen des Nachkriegskapitalismus der OECD-Welt mit der Zeit einen derart prägenden Einfluss gewonnen, dass sie ihrem Wesen nach zunehmend weniger als bloße Wirtschaftskrisen angesehen werden. Das führte zur Wiederentdeckung der älteren Vorstellung einer kapitalistischen *Gesellschaft* – einem Verständnis des Kapitalismus als Gesellschaftsordnung und Lebensweise, deren Existenz entscheidend vom ununterbrochenen Fortgang der privaten Kapitalakkumulation abhängt.

Krisensymptome gibt es viele, doch ragen unter ihnen drei Langzeittrends in der Entwicklung reicher, hochindustrialisierter – oder besser: zunehmend de-industrialisierter – kapitalistischer Gesellschaften heraus. Da ist erstens der anhaltende, durch die Ereignisse von 2008 noch verschärfte Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums. Zweitens gibt es, verbunden hiermit, einen ebenfalls anhaltenden Anstieg der Gesamtverschuldung in führenden kapitalistischen Volkswirtschaften, in denen Regierungen, Privathaushalte und Unternehmen der Finanz- wie der Realwirtschaft vierzig Jahre hindurch finanzielle Verbindlichkeiten angehäuft haben. Drittens nimmt, während die Verschuldung ansteigt und die Wachstumsraten sinken, die Ungleichheit sowohl der Einkommen als auch der Vermögen ebenfalls schon jahrzehntelang zu.

1 Dieser Beitrag basiert auf der Anglo German Foundation Lecture 2014 der British Academy in London; aus dem Englischen übersetzt von Karl D. Bredthauer.

2 Ich habe diesen Zusammenhang ausführlicher behandelt in *Buying Time, The Delayed Crisis of Democratic Capitalism*, London und New York 2014 (Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013).

Stetiges Wachstum, stabiles Geld und ein gewisses Maß an sozialer Gleichheit, um auch jene, die nicht über Kapital verfügen, in den Genuss einiger der Früchte des Kapitalismus gelangen zu lassen, galten lange Zeit als unerlässliche Bedingung für die Legitimität einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Aus diesem Blickwinkel muss besonders beunruhigen, dass die drei genannten kritischen Trends sich womöglich wechselseitig verstärken. Es mehren sich die Belege dafür, dass die zunehmende Ungleichheit eine der Ursachen für das nachlassende Wirtschaftswachstum sein könnte, denn Ungleichheit behindert mögliche Produktivitätsfortschritte, während sie zugleich die Nachfrage schwächt.³ Schwaches Wachstum wiederum verstärkt die Ungleichheit, indem es die Verteilungskonflikte verschärft und Zugeständnisse an die Armen in den Augen der Reichen verteuert. Diese beharren deshalb um so entschiedener auf der strikten Einhaltung des freien Märkte regierenden „Matthäus-Prinzips“: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat.“⁴ (Matth. 25, 29) Darüber hinaus verschlimmert die zunehmende Verschuldung, die den Niedergang des Wirtschaftswachstums nicht aufhalten konnte, durch den mit der Finanzialisierung des Kapitalismus verbundenen Strukturwandel die Ungleichheit weiter – ungeachtet dessen, dass sie zunächst auch zur Kompensation stagnierender Arbeitseinkommen und zurückgeschnittener öffentlicher Dienstleistungen sowie der durch diese verstärkten Einkommensungleichheit hatte dienen sollen.

Kann eine solche Entwicklung, die einem Teufelskreis vergleichbar scheint, immer so weitergehen? Oder gibt es Gegenkräfte, die den Zirkel aufbrechen könnten? Und was passiert, wenn diese, wie jetzt schon fast vier Jahrzehnte lang, *nicht* in Erscheinung treten? Von Historikern hören wir, dass Krisen für den Kapitalismus nichts Neues und möglicherweise sogar erforderlich sind, damit es ihm auf längere Sicht gut geht. Allerdings beziehen sie sich dabei auf zyklische Bewegungen oder zufällige Schocks, nach denen kapitalistische Wirtschaftssysteme, zumindest zeitweilig, zu einem neuen Gleichgewicht finden können. Doch was wir derzeit erleben, erscheint im Rückblick als ein kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs, der sich zwar hinzieht, aber um so unerbittlicher durchsetzt. Die Erholung nach gelegentlichen „Reinigungskrisen“ ist das eine, aber die Auflösung einer Verkettung von Langzeittrends, die einander wechselseitig verstärken, wäre etwas ganz anderes. Wenn wir davon ausgehen, dass immer schwächeres Wachstum, immer größere Ungleichheit und immer höhere Verschuldung nicht unbegrenzt anhalten können und zusammengenommen auf die Dauer in eine Krise münden müssten, die systemischer Natur wäre – eine Krise, deren Beschaffenheit wir uns konkret noch kaum vorstellen können: Gibt es dann irgendwelche Anzeichen dafür, dass eine Umkehr der drei Trends bevorstehen könnte?

3 Siehe die jüngste OECD-Studie zur wirtschaftlichen Situation in Deutschland.

4 Robert Merton hat diesen sozialen Mechanismus als Erster beschrieben: The Matthew Effect, in: „Science“, Bd. 159, Nr. 3810, 5.1.1968, S. 56-63. Ein heute geläufigerer Begriff wäre kumulativer Vorteil.

Ein weiterer Notbehelf

In dieser Hinsicht gibt es nichts Gutes zu berichten. Seit 2008, dem bisherigen Höhepunkt der Nachkriegs-Krisensequenz, sind mittlerweile gut sechs Jahre verstrichen. Als die Erinnerung an den Abgrund noch frisch war, herrschte kein Mangel an Forderungen nach „Reformen“, die die Welt vor einer Wiederholung bewahren sollten. Internationale Konferenzen und Gipfeltreffen jeglicher Art folgten einander auf dem Fuß, aber über ein halbes Jahrzehnt später zeigt sich, dass sie so gut wie nichts bewirkt haben. Unterdessen konnte die Finanzindustrie, von der das Desaster ausgegangen war, sich bestens erholen: Gewinne, Dividenden, Gehälter und Boni sind wieder, was sie waren, während die Re-Regulierung im Gestrüpp internationaler Verhandlungen und innerstaatlicher Lobbytätigkeit hängen geblieben ist. Die Regierungen, und insbesondere die der Vereinigten Staaten, befinden sich nach wie vor fest im Griff der Finanzindustrie. Diese wiederum wird großzügig mit billigem Geld versorgt, welches ihre Freunde in den Zentralbanken für sie aus dem Nichts herbeizaubern, darunter der frühere Goldman Sachs-Mann Mario Draghi an der Spitze der EZB. Auf diesem Geld sitzen die Banken jetzt, soweit sie es nicht in weitere Staatsverschuldung investieren. Das Wirtschaftswachstum dümpelt derweil vor sich hin, desgleichen die Arbeitsmärkte; beispiellose Liquiditätsspritzen haben es nicht vermocht, die Wirtschaft „anzukurbeln“; und die Ungleichheit nimmt immer erstaunlichere Ausmaße an, nachdem die Erträge des bisschen Wachstums, das es noch gibt, in die Taschen des obersten Prozents der Einkommensbezieher geflossen sind – und der Löwenanteil in die Taschen eines Bruchteils derselben.⁵

Es sieht also nicht so aus, als gäbe es gute Gründe, optimistisch zu sein. Der OECD-Kapitalismus wird seit geraumer Zeit durch großzügige Injektionen frei geschöpften Geldes in Gang gehalten, im Rahmen einer Strategie monetärer Expansion, deren Architekten selbst am besten wissen, dass sie nicht beliebig lange fortgesetzt werden kann.

2013 wurde denn auch tatsächlich – in Japan ebenso wie in den Vereinigten Staaten – mehrfach versucht, zur Entwöhnung überzugehen. Als aber daraufhin die Aktienkurse einbrachen, vertagte man das sogenannte *tapering* erneut. Mitte Juni erklärte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ) – die Mutter aller Zentralbanken –, die Politik des billigen Geldes (*quantitative easing*, im BIZ-Deutsch „akkommodierende Geldpolitik“ genannt, anderswo auch „quantitative Lockerung“) müsse beendet werden. In ihrem Jahresbericht 2012/13 wies sie darauf hin, dass die Zentralbanken als Reaktion auf die Krise und die schleppende Erholung ihre Bilanzen derart ausgeweitet hätten, dass diese inzwischen „insgesamt auf etwa das Dreifache des Vorkrisenniveaus angestiegen“ seien – und immer

5 Vgl. Emmanuel Saez, *Striking It Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States*, 2.3.2012, verfügbar auf Saez' persönlicher Webseite bei der UC Berkeley; und Facundo Alvaredo, Anthony Atkinson, Thomas Piketty und Emmanuel Saez, *The Top 1 per cent in International and Historical Perspective*, in: „*Journal of Economic Perspectives*“, 3/2013, S. 3-20.

noch wüchsen.⁶ Zwar sei dies nötig gewesen, um einen „Kollaps des Finanzsystems“ zu verhindern, doch jetzt müsse das Ziel darin bestehen, „die nach wie vor langsam wachsenden Volkswirtschaften zu einem kräftigen und nachhaltigen Wachstum zurückzuführen“. Dies jedoch übersteige die Fähigkeiten der Zentralbanken, welche nämlich „nicht die Strukturreformen im Wirtschafts- und Finanzbereich durchsetzen [können], die notwendig sind, um die Volkswirtschaften zu dem realen Wachstum zurückzuführen, das sowohl die Regierungen als auch die Bürger wünschen und erwarten. Was die akkommodierende Geldpolitik in der Erholungsphase aber bewirkt hat: Es wurde Zeit gewonnen [...]. Allerdings wurde diese Zeit nicht gut genutzt: Die anhaltend niedrigen Zinsen und unkonventionellen Maßnahmen haben es dem Privatsektor nämlich einfach gemacht, den Schuldenabbau auf die lange Bank zu schieben, sie haben es den Regierungen einfach gemacht, Defizite zu finanzieren, und sie haben es den zuständigen Instanzen einfach gemacht, die notwendigen Reformen in der Realwirtschaft und im Finanzsystem hinauszuzögern. Billiges Geld macht es eben leichter, Schulden aufzunehmen anstatt zu sparen, Geld auszugeben anstatt Steuern zu erheben, und weiterzumachen wie bisher anstatt etwas zu verändern.“

Diese Sicht der Dinge teilte offenbar selbst die Federal Reserve (Fed) der USA. Im Spätsommer 2013 schien es, als signalisiere die Fed erneut, dass die Zeit des billigen Geldes zu Ende gehe. Doch schon im September wurde die allgemein erwartete Rückkehr zu höheren Zinssätzen wieder verschoben. Zur Begründung hieß es, „die Wirtschaft“ erscheine weniger „kräftig“, als man gehofft habe. Umgehend stiegen weltweit die Aktienkurse.

Der wahre Grund dafür, dass die Rückkehr zu einer konventionelleren Geldpolitik so schwer fällt, ist einer, den eine internationale Einrichtung wie die BIZ unbekümmerter ausbuchstabieren kann als eine – bis jetzt noch – politisch exponiertere nationale Zentralbank. Wie die Dinge liegen, besteht er nämlich darin, dass die einzige Alternative zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus mit Hilfe unbegrenzter Geldversorgung seine Revitalisierung durch neoliberale Wirtschaftsreformen wäre. „Erhöhung der Flexibilität: der Schlüssel zum Wachstum“ heißt das im BIZ-Jahresbericht 2012/13 unmissverständlich, in der Überschrift des ersten Unterkapitels. Anders gesagt: Bittere Medizin für die Vielen, verbunden mit stärkeren Anreizen für die Wenigen.⁷

Schwierigkeiten mit der Demokratie

An dieser Stelle muss eine Erörterung der Krise des heutigen Kapitalismus und seiner Zukunft sich der Frage der Demokratie zuwenden. Kapitalismus und Demokratie hatten lange als Gegensätze gegolten, bevor die

6 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 83. Jahresbericht, 1. April 2012 – 31. März 2013, Basel 2013, S. 5.

7 Selbst das erscheint nicht gerade vielversprechend für Länder wie die USA oder Großbritannien, wo unklar ist, welche neoliberalen „Reformen“ dort überhaupt noch umgesetzt werden können.

Nachkriegsordnung ihre Aussöhnung bewirkt zu haben schien. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein lebten Kapitaleigner in der Furcht, demokratische Mehrheiten könnten das Privateigentum abschaffen, während Arbeiter und Arbeiterorganisationen damit rechneten, dass die Kapitalisten zur Verteidigung ihrer Privilegien eine Rückkehr zu autoritären Herrschaftsformen finanzieren würden. Erst in der Welt des Kalten Krieges schienen Kapitalismus und Demokratie Verbündete geworden zu sein: Der wirtschaftliche Fortschritt ermöglichte es Arbeitnehmermehrheiten, ein Regime der Marktfreiheit und des Privateigentums zu akzeptieren, was wiederum den Anschein erweckte, als seien die demokratischen Freiheiten untrennbar mit freien Märkten und Gewinnstreben verbunden, ja sogar abhängig von diesen. Heute aber sind die Zweifel an der Vereinbarkeit einer kapitalistischen Wirtschaftsweise mit demokratischer Politik mit aller Wucht zurückgekehrt. In der breiten Bevölkerung herrscht mittlerweile weithin das Gefühl, dass die offizielle Politik in ihrem Leben keinen Unterschied macht – siehe den allgegenwärtigen Eindruck von Blockade, Inkompetenz und Korruption in einer politischen Klasse, die sich zunehmend „nach unten“ abzuschließen und sich selbst zu bedienen scheint, vereint in dem Anspruch, dass es zu ihr und ihrer Politik „keine Alternative“ gibt. Ein Resultat ist der überall zu beobachtende Rückgang der Wahlbeteiligung, verbunden mit erhöhter Volatilität des Abstimmungsverhaltens, was angesichts des Aufstiegs „populistischer“ Protestparteien zu immer stärkerer Stimmzersplitterung und verbreiteter Instabilität der Regierungen oder, alternativ, zu „großen Koalitionen“ der traditionellen „Volksparteien“ führt.⁸

Die Legitimität der Nachkriegsdemokratie beruhte auf der Prämisse, dass Staaten über die Fähigkeit verfügen, in das Marktgeschehen zu intervenieren und dessen Ergebnisse im Interesse der Mehrheit ihrer Bürger zu korrigieren. Jahrzehnte zunehmender Ungleichheit und die Ohnmacht der Staaten und Regierungen vor, während und nach der Krise von 2008 haben Zweifel an dieser Annahme wachsen lassen. Regierungen und Parteien in den OECD-Demokratien reagierten auf ihre zunehmende Irrelevanz in einer globalen Marktwirtschaft, indem sie mehr oder weniger entspannt zuschauten, wie der „demokratische Klassenkampf“ sich in postdemokratisches Politainment verwandelte.⁹

Vom Nachkriegs-Keynesianismus zum neoliberalen Hayekianismus

Unterdessen ging die Transformation der politischen Ökonomie des Kapitalismus aus dem Nachkriegs-Keynesianismus in den neoliberalen Hayekianismus der Gegenwart immer weiter: An die Stelle der politischen Formel von Wirtschaftswachstum durch Umverteilung von oben nach unten trat eine neue Doktrin, die sich und anderen wirtschaftlichen Fortschritt als Folge

⁸ Vgl. Armin Schäfer und Wolfgang Streeck (Hg.), *Politics in the Age of Austerity*, Cambridge 2013.

⁹ Walter Korpi, *The Democratic Class Struggle*, London 1983; und Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge 2004.

einer Umverteilung von unten nach oben verspricht. Egalitäre Demokratie, wie sie unter dem Keynesianismus als ökonomisch produktiv angesehen wurde, gilt dem zeitgenössischen Hayekianismus als effizienzschädigend, demzufolge wirtschaftlicher Fortschritt durch Abschirmung der Märkte und des durch sie bewirkten kumulativen Vorteils gegen redistributive politische Verzerrungen erreicht wird.

Ein zentraler Topos der antidemokratischen Rhetorik von heute ist die Fiskalkrise des Staates, wie sie in der erstaunlichen Zunahme der öffentlichen Verschuldung seit den 70er Jahren zum Ausdruck kommt. Die wachsende Staatsverschuldung wird Wählermehrheiten angelastet, die über ihre Verhältnisse leben, indem sie die „Allmende“ ihrer Gesellschaften plündern, sowie opportunistischen Politikern, die sich die Unterstützung kurzfristiger Wähler mit Geld erkaufen, das ihnen nicht gehört und das sie nicht haben.¹⁰ Doch dass die Krise der Staatsfinanzen wohl kaum durch einen umverteilungsdemokratischen Exzess verursacht worden sein kann, zeigt sich daran, dass der Anstieg der Staatsverschuldung mit einem Niedergang der Wahlbeteiligung, besonders am unteren Ende der Einkommensskala, einhergehend, sowie mit schrumpfenden Gewerkschaften, dem nahezu vollständigen Verschwinden von Streiks, Einschnitten bei den Sozialleistungen und einer Explosion der Einkommensungleichheit. In Wirklichkeit hing die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen mit dem Niedergang des Steueraufkommens und dem zunehmend degressiven Charakter der Steuersysteme zusammen, beides Ergebnis von „Reformen“ bei der Besteuerung der Spitzeneinkommen und Unternehmen.

Darüber hinaus steigerten die Regierungen die Ungleichheit noch, als sie Steuereinnahmen durch Staatsverschuldung ersetzen: Denen, deren Geld sie nicht länger konfiszieren konnten oder wollten, so dass sie es sich stattdessen leihen mussten, boten sie damit sichere Anlagemöglichkeiten. Im Unterschied zum Steuerzahler gehört dem Käufer von Staatsanleihen das, was er dem Staat überlässt, auch weiterhin. Er erhält sogar Zinsen darauf, die in der Regel aus einer immer weniger progressiven Besteuerung aufgebracht werden; zudem kann er es seinen Kindern vererben. Im Übrigen lässt steigende Staatsverschuldung sich, wie es ja tatsächlich geschieht, politisch instrumentalisieren, nämlich als Argument zugunsten staatlicher Ausgabenkürzungen und der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. So werden die Möglichkeiten umverteilender demokratischer Intervention in die kapitalistische Ökonomie weiter beschnitten.

Die institutionelle Absicherung der Marktwirtschaft gegen demokratische Eingriffe hat in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte gemacht. Die Gewerkschaften befinden sich allenthalben im Niedergang und sind in zahlreichen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, nahezu eliminiert. Die Wirtschaftspolitik ist weithin in die Hände unabhängiger – das heißt demokratisch nicht rechenschaftspflichtiger – Zentralbanken übergegangen

10 Diese Sicht der Fiskalkrise entstammt der Public Choice Theorie, wie sie von James Buchanan und seiner Schule stark gemacht wurde; vgl. u.a. Buchanan und Gordon Tullock, *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*, Ann Arbor 1962.

gen, denen es vor allem um das Wohlergehen und Wohlwollen der Finanzmärkte zu tun ist und sein muss.¹¹

In Europa wird die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, einschließlich der Lohnfindung und der Haushaltspolitik, zunehmend durch supranationale Einrichtungen wie die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank gesteuert, die sich außerhalb der Reichweite massendemokratischer Willensbildung befinden. Das bewirkt eine faktische Entdemokratisierung des europäischen Kapitalismus, was natürlich durchaus nicht dessen Entpolitisierung bedeutet.

»Marktkonforme Demokratie« – die politische Utopie des neoliberalen Mainstreams

Dennoch gibt es innerhalb der profitabhängigen Klassen weiterhin Zweifel, ob die Demokratie – selbst in ihrer gegenwärtigen ausgehöhlten Version – die Durchsetzung jener neoliberalen „Strukturreformen“ wirklich zulässt, derer es bedarf, damit ihr Regime sich erholt. Ganz wie normale Bürger, wenngleich aus entgegengesetzten Gründen, verlieren die Eliten ihren Glauben an die demokratische Regierungsweise – in ihrem Fall: an deren Fähigkeit, Gesellschaften im Einklang mit Marktimperativen umzugestalten. Die Public-Choice-Schule verunglimpft demokratische Politik als Verfälschung der Marktgerechtigkeit im Dienste opportunistischer Politiker und ihrer Klientel. Im Diskurs der Eliten gilt diese Auffassung mittlerweile als Gemeinplatz – ebenso wie der Glaube, der Marktkapitalismus werde nach seiner Reinigung von den Auswirkungen demokratischer Einflussnahme nicht nur effizienter, sondern auch tugendhafter und verantwortlicher funktionieren.¹² Länder wie China beglückwünscht man, weil ihr autoritäres politisches System soviel besser als die mehrheitsabhängige Demokratie mit ihrem Hang zum Egalitarismus gerüstet sei, die sogenannten Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Die einschlägige Rhetorik beginnt verdächtig der Bewunderung zu ähneln, die die kapitalistischen Eliten in den Zwischenkriegsjahren dem deutschen und italienischen Faschismus (und sogar dem stalinistischen Kommunismus) entgegenbrachten, weil deren ökonomische Regime ihnen überlegen erschienen.¹³

Die politische Utopie des neoliberalen Mainstreams besteht heute fürs Erste in einer „marktkonformen Demokratie“, die ohne die Fähigkeit zu Marktkorrekturen auskommt und zu einer „anreiz-kompatiblen“ Umverteilung von

11 Es wird häufig vergessen, dass die meisten Zentralbanken, auch die BIZ, seit langer Zeit und noch immer teils in privatem Besitz sind. So wurden etwa die Bank von England und die Bank von Frankreich erst nach 1945 verstaatlicht. Die „Unabhängigkeit“ der Zentralbanken, wie in den 90er Jahren in vielen Ländern eingeführt, kann als eine Art von Reprivatisierung verstanden werden.

12 Natürlich ist der Neoliberalismus, wie Colin Crouch gezeigt hat, in seiner tatsächlichen Form eine politisch fest verankerte Oligarchie gigantischer multinationaler Firmen. Vgl. Colin Crouch, *The Strange Non-Death of Neoliberalism*, Cambridge 2011; ders., *Das lange Leben des Neoliberalismus*, in: „Blätter“, 11/2011, S. 49-62.

13 Vgl. Daniel A. Bell, *Beyond Liberal Democracy: Political Thinking for an East Asian Context*, Princeton 2006; und Nicolas Berggruen und Nathan Gardels (Hg.), *Intelligent Governance for the 21st Century: A Middle Way between West and East*, London 2012.

unten nach oben führt.¹⁴ Obwohl dieses Projekt sowohl in Westeuropa als auch in den Vereinigten Staaten schon weit gediehen ist, sorgen seine Betreiber sich weiterhin, dass die aus den Zeiten des Nachkriegskompromisses ererbten politischen Institutionen irgendwann und irgendwie, in einer letzten Anstrengung, von Wählermehrheiten zurückerobert werden könnten, um einer neoliberalen Lösung der Krise den Weg zu versperren. Der Druck der Eliten, die egalitäre Demokratie ökonomisch zu neutralisieren, geht deshalb unvermindert weiter. In Europa geschieht dies in Gestalt einer anhaltenden Verlagerung politisch-wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse hin zu supranationalen Institutionen, etwa der Europäischen Zentralbank oder dem Europäischen Rat der Regierungschefs.

Der Kapitalismus am Abgrund?

Geht es also mit dem Kapitalismus zu Ende? In den 80er Jahren gab man die Vorstellung auf, der „moderne Kapitalismus“ könne als technokratisch regierte und demokratisch kontrollierte *mixed economy* betrieben werden. Später, in der neoliberalen Revolution, hieß es, das „freie Spiel der Marktkräfte“ werde die zugehörige Ordnung, sozial wie ökonomisch, auf wohl-tätige Weise aus sich selbst heraus schaffen. Doch der Crash von 2008 diskreditierte die Vorstellung, dass selbstregulierende Märkte von sich aus ins Gleichgewicht gelangen, ohne dass eine plausible neue Formel politisch-ökonomischer Steuerung in Sicht wäre. Schon dies allein lässt sich als Symptom einer Krise verstehen, die systemisch geworden ist, und dies um so mehr, je länger sie anhält. Ich glaube, es ist höchste Zeit, angesichts der Jahrzehnte nachlassenden Wachstums, zunehmender Ungleichheit und wachsender Verschuldung – wie auch der seit den 70er Jahren aufeinander folgenden Plagen von Inflation, Staatsverschuldung und Finanzimplosion – den Kapitalismus erneut als *historische* Erscheinung zu begreifen, das heißt als etwas, das nicht nur einen Anfang hat, sondern auch ein Ende. Um dies tun zu können, müssen wir uns allerdings von irreführenden Modellen gesellschaftlichen und institutionellen Wandels lösen. So lange wir uns sein Ende so vorstellen, als könne es auf leninistische Art durch eine Regierung oder ein Zentralkomitee beschlossen werden, muss uns der Kapitalismus zwangsläufig als immerwährend erscheinen. (Durch Beschluss abschaffbar war nur der Kommunismus, zentralisiert wie er in Moskau war.) Anders verhält es sich, wenn wir, statt uns seine kollektiv beschlossene Ablösung durch irgendeine vorausschauend entworfene Neue Ordnung vorzustellen, die Möglichkeit zulassen, dass der Kapitalismus von sich aus, von innen heraus kollabiert.

14 Der Ausdruck „marktkonform“ stammt von Angela Merkel. Die öffentliche Rhetorik der Kanzlerin scheint bewusst konzipiert, um zu verschleiern und zu verwirren. Ihre Stellungnahme zu dem Thema vom September 2011 lautet in originalem Merkel-Sprech: „Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“

Wir sollten – so mein Vorschlag – lernen, über ein Ende des Kapitalismus nachzudenken, ohne uns dabei die Beantwortung der Frage aufbürden zu lassen, was denn an seine Stelle treten sollte. Es ist ein marxistisches – oder besser: modernistisches – Vorurteil, dass der Kapitalismus als historische Erscheinung nur dann enden könne, wenn eine neue, bessere Gesellschaft in Sicht ist – und mit ihr ein revolutionäres Subjekt, bereit und in der Lage, diese um des Fortschritts der Menschheit willen zu verwirklichen. Diese Annahme setzt ein Maß an politischer Kontrolle über unser gemeinsames Schicksal voraus, von dem wir nicht einmal mehr träumen können, seit die neoliberal-globalistische Revolution die Fähigkeit zu kollektivem Handeln, ja selbst die Hoffnung darauf, zerstört hat. Es bedarf weder der utopischen Vision einer alternativen Zukunft noch übermenschlicher Voraussicht, um auf den Gedanken zu kommen, dass der Kapitalismus seiner „Götterdämmerung“ entgegenseht. Genau diese These gedenke ich zu begründen, auch wenn mir bewusst ist, wie oft der Kapitalismus schon früher totgesagt wurde.

Kapitalistischer Fortschritt, der seine stabilisierenden Grenzen zerstört

Tatsächlich haben, seit der Begriff in der Mitte des 18. Jahrhunderts gebräuchlich wurde, alle wichtigen Theoretiker des Kapitalismus dessen bevorstehendes Ableben vorausgesagt. Das gilt nicht nur für radikale Kritiker wie Marx oder Polanyi, sondern auch für bürgerliche Theoretiker wie Ricardo, Weber, Schumpeter, Sombart und Keynes.¹⁵

Dass etwas nicht eingetreten ist, obwohl es mit guten Gründen vorausgesagt wurde, bedeutet freilich nicht, dass es niemals eintreten wird; auch hier gibt es keinen induktiven Beweis. Ich glaube, dass diesmal die Dinge anders liegen. Dafür spricht, dass nicht einmal die Obergeringeneure des Systems heute eine Vorstellung davon haben, wie der Kapitalismus dazu gebracht werden könnte, wieder rund zu laufen – man lese beispielsweise die mittlerweile veröffentlichten Protokolle der Beratungen im Vorstand der amerikanischen Zentralbank von 2008¹⁶ oder denke an die – schon erwähnte – verzweifelte Suche der Geldpolitiker nach dem richtigen Zeitpunkt zur Beendigung des *quantitative easing*. Doch das ist nur die Oberfläche des Problems. Tiefenliegend geht es um die Tatsache, dass der kapitalistische Fortschritt mittlerweile buchstäblich jede Instanz, die ihn stabilisieren könnte, indem sie ihm Grenzen setzt, mehr oder weniger zerstört hat. Die Stabilität des Kapitalismus als sozioökonomisches System hing nämlich immer davon ab, dass seine Eigendynamik durch Gegenkräfte gezügelt wurde – durch kollektive Interessen und Institutionen, die die Kapitalakkumulation gesellschaftlichen Kontrollen unterwarfen. Das bedeutet, dass der Kapitalismus sich dadurch selbst den Boden unter den Füßen wegziehen kann, dass er zu erfolgreich ist.

15 Falls mich also der Lauf der Geschichte widerlegt, bin ich zumindest in guter Gesellschaft.

16 Siehe Gretchen Morgenson: A New Light on Regulators in the Dark, in: „New York Times“, 23.4.2014. Der Artikel beschreibt „ein verstörendes Bild einer Zentralbank, die vor jedem drohenden Desaster des Jahres 2008 im Dunkeln tappte“.

Ein chronisch funktionsgestörtes Gesellschaftssystem

Das Bild, das ich mir vom Ende des Kapitalismus mache – einem Ende, dem wir uns meiner Auffassung nach gegenwärtig nähern – ist das eines aus sich heraus, und ohne dass es einer funktionsfähigen Alternative bedürfte, chronisch funktionsgestörten Gesellschaftssystems. Zwar können wir nicht wissen, wann und wie genau der Kapitalismus verschwinden wird und was nach ihm kommt. Entscheidend ist aber, dass nirgendwo eine Kraft zu sehen ist, von der eine Umkehr der drei Abwärtstrends – beim Wirtschaftswachstum, der sozialen Gleichheit und der finanziellen Stabilität – und die Beendigung ihrer wechselseitigen Verstärkung zu erwarten wäre.

Anders als in den 1930er Jahren zeichnet sich heute nirgendwo am Horizont, ob links oder rechts, eine Formel ab, welche den kapitalistischen Gesellschaften zu einem kohärenten neuen Regulierungssystem verhelfen könnte. Sowohl die soziale wie die Systemintegration scheinen irreversibel beschädigt und zu weiterem Niedergang verurteilt zu sein.¹⁷ Was im weiteren Verlauf am wahrscheinlichsten eintreten wird, ist eine kontinuierliche Akkumulation kleiner und nicht-so-kleiner Funktionsstörungen – keine davon für sich unbedingt tödlich, die meisten aber irreparabel, und dies um so mehr, als ihre Häufung es unmöglich macht, sie je einzeln zu beheben. Je weiter dieser Prozess voranschreitet, desto weniger werden die Teile des Ganzen noch zusammenpassen; Friktionen aller Art werden sich häufen, unvorhergesehene Auswirkungen sich ausbreiten und die Kausalzusammenhänge immer undurchsichtiger werden. Ungewissheit wird um sich greifen, Krisen jeglicher Art – Legitimations- oder Produktivitätskrisen oder beide zugleich – werden einander in schneller Folge ablösen, während Vorhersagbarkeit und Regierbarkeit weiter zurückgehen (noch weiter als schon jetzt). Schließlich und endlich werden dann die zahllosen, auf kurzfristiges Krisenmanagement hin konzipierten Behelfskonstruktionen unter der Last der alltäglichen Katastrophen zusammenbrechen, die ein in tiefe, anomische Unordnung abgeglittenes Gesellschaftssystem laufend produziert.

Was verstehen wir unter »Kapitalismus«?

Begreift man das Ende des Kapitalismus als Prozess statt als plötzlich eintretendes Ereignis, so stellt sich die Definitionsfrage: Was wollen wir unter „Kapitalismus“ verstehen?

Gesellschaften sind komplexe Gebilde und sterben anders, als Organismen sterben: Sieht man von der seltenen Ausnahme einer vollständigen Auslöschung ab, geht jede Diskontinuität stets mit einem gewissen Maß an Kontinuität einher. Wenn wir vom Ende einer Gesellschaft sprechen, meinen wir damit, dass gewisse Merkmale ihrer Organisation, die wir für Wesensmerkmale der betreffenden Gesellschaft halten, verschwunden sind.

¹⁷ Zu diesen Begriffen vgl. David Lockwood, *Social Integration and System Integration*, in: George Zoltschan und Walter Hirsch (Hg.), *Explorations in Social Change*, London 1964, S. 244-257.

Andere Merkmale können durchaus überlebt haben. Um also entscheiden zu können, ob der Kapitalismus lebt, stirbt oder tot ist, schlage ich vor, ihn als eine moderne Gesellschaft¹⁸ zu definieren, die ihre kollektive Reproduktion als unbeabsichtigte Nebenwirkung individuell rationaler, kompetitiver Profitmaximierung zum Zweck privater Kapitalakkumulation sicherstellt – vermittelt eines „Arbeitsprozesses“, der privates Kapital mit kommodifizierter Arbeitskraft kombiniert, um so die Mandevillesche Verheißung der Verwandlung privater Laster in öffentliche Güter wahr werden zu lassen.¹⁹ Ebendiese Verheißung, behaupte ich, kann der gegenwärtige Kapitalismus nicht mehr einlösen – womit er am Ende seiner historischen Existenz als aus eigener Kraft reproduktionsfähige, nachhaltige, vorhersagbare und legitime Gesellschaftsordnung angekommen ist.

Auf welche Weise der so verstandene Kapitalismus untergehen wird, dürfte kaum irgendjemandes Blaupause folgen. Mit fortschreitendem Verfall wird er zwangsläufig politische Proteste und vielfältige Versuche kollektiver Intervention provozieren. Doch diese werden lange dem Aufbegehren der Maschinenstürmer ähneln: Örtlich begrenzt, verstreut, unkoordiniert, „primitiv“ werden sie die Unordnung vergrößern, ohne eine neue Ordnung schaffen zu können, bestenfalls unabsichtlich deren Zustandekommen befördernd. Man könnte meinen, dass sich im Verlauf einer lang anhaltenden Krise dieser Art immer wieder Gelegenheitsfenster für reformistisches oder revolutionäres Handeln öffnen werden. Es sieht jedoch so aus, als desorganisiere der desorganisierte Kapitalismus nicht nur sich selbst, sondern gleichzeitig auch seine Gegenkräfte, wodurch er diese der Fähigkeit beraubt, ihn entweder zu überwinden oder, alternativ, zu retten. Damit der Kapitalismus sein Ende findet, muss er deshalb selbst für seine Zerstörung sorgen – und genau das erleben wir heute.

1989 ff. – ein Pyrrhussieg

Doch warum sollte der Kapitalismus sich – bei all seinen Unzulänglichkeiten – überhaupt in einer Existenzkrise befinden, wo er doch auf keinerlei Opposition mehr stößt, die den Namen verdient? Als 1989 der Kommunismus implodierte, galt das weithin als Endsieg des Kapitalismus, als „Ende der

18 Oder, mit Adam Smith, eine „progressive“ Gesellschaft – eine, die auf ein im Prinzip grenzenloses Wachstum ihrer Produktivität und ihres Wohlstands, gemessen am Umfang ihrer Geldwirtschaft, aus ist.

19 Andere Definitionen von Kapitalismus betonen beispielsweise die friedliche Natur des kapitalistischen kommerziellen Markthandelns, vgl. Albert Hirschman, *Rival Interpretations of Market Society: Civilizing, Destructive or Feeble?*, in: „Journal of Economic Literature“, 4/1982, S. 1463–1484. Dies verkennt aber, dass gewaltloser „Freihandel“ typischerweise nur im Zentrum des kapitalistischen Systems stattfindet, während in dessen historischer und geographischer Peripherie zügellose Gewalt herrscht. Zum Beispiel werden auf illegalen Märkten (Drogen, Prostitution, Waffen etc.), die durch private Gewalt regiert werden, enorme Summen an Geld für legale Investitionen angehäuft – eine Art primitiver Akkumulation. Außerdem gehen legitime staatliche und illegale private Gewalt oft ineinander über, nicht nur im kapitalistischen Grenzgebiet, sondern auch bei der Unterstützung des Zentrums für seine Kollaborateure an der Peripherie. Nicht zuletzt muss die staatliche Gewalt im Zentrum gegen Dissidenten und Gewerkschaften, wo diese noch Bedeutung haben, berücksichtigt werden.

Geschichte“. Selbst heute, nach der Erfahrung von 2008, bleibt die Alte Linke überall so gut wie bedeutungslos, während eine Neue Linke bisher kaum in Erscheinung tritt. Die Massen – die Armen und Machtlosen ebenso wie die relativ Gutgestellten – scheinen sich fest im Griff eines konsumeristischen Individualismus zu befinden, während kollektive Güter, kollektives Handeln und kollektive Organisation gründlich aus der Mode gekommen sind. Warum also sollte der Kapitalismus nicht einfach immer weitergehen, und sei es aus keinem anderen Grund als dem, dass ernst zu nehmende Gegenspieler oder Rivalen fehlen?

Auf den ersten Blick spricht in der Tat viel dagegen, den Tod des Kapitalismus auszurufen, ungeachtet aller ominösen Schriftzeichen an der Wand der Geschichte. Was die wachsende Ungleichheit angeht, so gewöhnen die Menschen sich möglicherweise an sie, besonders bei kombinierter Nachhilfe durch öffentliche Unterhaltung und politische Repression. Im Übrigen häufen sich die Fälle, in denen Regierungen wiedergewählt werden, die Sozialausgaben gekürzt und öffentliche Dienste privatisiert haben, um den Eigentümern von Geld einen stabilen Geldwert bieten zu können. Und die Umweltzerstörung schreitet zwar fort, an der menschlichen Lebensspanne gemessen aber nur langsam, so dass man sie leugnen und gleichzeitig lernen kann, mit ihr zu leben. Technische Fortschritte, mit denen sich Zeit kaufen lässt – wie beispielsweise das Fracking – sind niemals ausgeschlossen. Und falls es für die pazifizierende Kraft des Konsumerismus überhaupt Grenzen gibt, scheinen wir ihnen jedenfalls noch nicht sehr nah gekommen zu sein. Darüber hinaus kann die Anpassung an immer zeit- und lebensraubendere Arbeitsregime auch als eine Art sportliche Herausforderung empfunden werden, als eine Gelegenheit, die eigene Leistungsfähigkeit zu erproben. Kulturelle Definitionen des Guten Lebens sind immer höchst dehnbar gewesen und könnten sich, im Gleichschritt mit der fortschreitenden Kommodifizierung, noch weiter dehnen lassen, zumindest so lange, wie politisch radikale oder religiöse Gegenströmungen gegen die kapitalismuskonforme Umerziehung sich unterdrücken, lächerlich machen oder auf andere Weise marginalisieren lassen. Und schließlich beziehen sich die meisten Stagnationstheorien dieser Tage nur auf den Westen oder gar nur auf die Vereinigten Staaten, nicht aber auf China, Russland, Indien oder Brasilien – Länder mit riesigen Flächen unberührten Landes, die nur darauf warten, dem kapitalistischen Fortschritt erschlossen zu werden und in die sich die vorderste Front des Wirtschaftswachstums möglicherweise schon bald verlagern wird.²⁰

Meine Antwort auf all diese Einwände lautet, dass es für den Kapitalismus eher eine Last als ein Vorteil sein könnte, keine Opposition mehr zu haben. Gesellschaftssysteme profitieren von interner Heterogenität – von einer Plu-

20 Allerdings sind aktuelle Einschätzungen ihrer wirtschaftlichen Leistung und Zukunft weniger optimistisch als noch vor zwei oder drei Jahren. In letzter Zeit wich der euphorische „BRICS“-Diskurs besorgten Zweifeln an den wirtschaftlichen Aussichten der „Fragilen Fünf“ (Türkei, Brasilien, Indien, Südafrika und Indonesien, in: „New York Times“, 28.1.2014). Auch Berichte über wachsende Probleme im chinesischen Kapitalismus werden häufiger und verweisen u.a. auf die ausgedehnte Verschuldung örtlicher und regionaler Regierungen. Seit der Krimkrise erfahren wir außerdem mehr über die strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft.

ralität von Organisationsprinzipien die sie davor bewahrt, sich ganz und gar einem einzigen Zweck zu widmen, unter Verdrängung anderer Zwecke, die gleichfalls realisiert werden müssen, wenn die Gesellschaft überlebensfähig sein soll. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, hat immer großen Nutzen aus der Präsenz von Gegenkräften gegen eine Alleinherrschaft des Profits und des Marktes gezogen. Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung haben, indem sie der Kommodifizierung Grenzen setzten, den Kapitalismus davor bewahrt, seine nichtkapitalistischen Grundlagen zu zerstören – Vertrauen, guten Glauben, Altruismus und Solidarität innerhalb von Familien und Gemeinschaften, etc. Unter Keynesianismus und Fordismus konnte der Kapitalismus sich darauf verlassen, dass seine mehr oder weniger loyale Opposition ihm, insbesondere in Rezessionszeiten, die nötige Gesamtnachfrage sicherte und stabilisierte. Wenn die Umstände günstig waren, konnte eine organisierte Arbeiterklasse sogar als Produktivitätspeitsche fungieren, indem sie das Kapital zwang, fortschrittlichere Produktionsverfahren einzuführen. In diesem Sinne hat Geoffrey Hodgson argumentiert, dass der Kapitalismus nur so lange überleben könne, wie er nicht völlig kapitalistisch ist – wie er sich und die Gesellschaft, die er bewohnt, nicht gänzlich von „notwendigen Unreinheiten“ befreit hat.²¹ So gesehen könnte der Sieg des Kapitalismus über seine Widersacher sich als Pyrrhussieg erweisen, weil er ihn von ebenjenen Gegenkräften befreite, die ihm zwar gelegentlich unbequem, tatsächlich aber seiner Fortexistenz stets dienlich gewesen waren.

Der zweite Teil des Beitrags folgt in der April-Ausgabe.

21 „Jedes sozio-ökonomische System benötigt mindestens ein strukturell verschiedenes Subsystem, damit es funktionieren kann. Es muss immer eine koexistente Pluralität von Produktionsweisen geben, damit die soziale Formation als Ganze die notwendige strukturelle Vielfalt aufweist, um Veränderungen zu bewältigen.“ Geoffrey M. Hodgson, *The Evolution of Capitalism from the Perspective of Institutional and Evolutionary Economics*, in: Geoffrey M. Hodgson u.a. (Hg.), *Capitalism in Evolution: Global Contentions, East and West*, Cheltenham 2001, S. 71 ff. Für eine weniger funktionalistische Formulierung derselben Idee vgl. mein Konzept der *beneficial constraints*: Beneficial Constraint: On the Economic Limits of Rational Voluntarism, in: Rogers Hollingsworth und Robert Boyer (Hg.), *Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions*, Cambridge 1997, S. 197–219.